

**13. Sitzung des Kreistages am 6. Mai 2013
– Beschlussempfehlungen der beteiligten Fachausschüsse –**

**Zu TOP 9
(Vorlage Nr. 0603/2013):** **Unterstützung des Projektes „Kunstleit-
pfosten“ zur Landesgartenschau 2014**

Kreistagsausschuss für
Umwelt, Naturschutz und
Abfallwirtschaft:
(18. Februar 2013)

Änderungsanträge: keine

Abstimmung: **Zustimmung** (einstimmig)

**Zu TOP 10
(Vorlage Nr. 0606/2013):** **Vorab-Bericht zum Berichts Antrag über die
Inanspruchnahme der Kassenkredite für den
Zeitraum 2009 bis 2012 sowie der hierzu
gezahlten Zinsen**

Haupt-, Finanz- und
Rechtsausschuss:

Der Bericht ist vorab in der Sitzung des Haupt-,
Finanz- und Rechtsausschusses am 2. Mai 2013
erstattet worden.

**Zu TOP 11
(Vorlage Nr. 0641/2013):** **Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr
2011**

Haupt-, Finanz- und
Rechtsausschuss:

Änderungsanträge:
Der Beteiligungsbericht wird zur Kenntnis
genommen.

Abstimmung: keine förmliche
Abstimmung

**Zu TOP 12
(Vorlage Nr. 0649/2013):** **Änderung der Kinderbetreuungsrichtlinie**

Kreistagsausschuss für
Soziales, Jugend, Frauen,
Integration, Gesundheit
und Ehrenamt:

Änderungsanträge: keine

Abstimmung: **Zustimmung** (einstimmig)

Haupt-, Finanz- und
Rechtsausschuss:

Änderungsanträge: keine

Abstimmung: **Zustimmung** (einstimmig)

**Zu TOP 13
(Vorlage Nr. 0434/2012):**

**Schulung der Verwaltungsmitarbeiter im
Publikumsverkehr in Gebärdensprache**

Haupt-, Finanz- und
Rechtsausschuss:
(21. Juni 2012)

Änderungsanträge:
Initiativantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis
90/Die Grünen (Anlage 2) mit folgendem Wortlaut:

*„Der Kreistag möge beschließen:
Der Kreisausschuss wird gebeten, in Zu-
sammenarbeit mit dem Gießener Arbeits-
kreis für Behinderte den über das bisherige
Hilfesystem hinausgehenden Bedarf der Hilfe
von Gebärdendolmetschern für Kunden der
Kreisverwaltung zu prüfen.
Außerdem soll – analog der Abfrage über
Fremdsprachenkenntnisse – auch die Kennt-
nis von Gebärdensprache bei den Beschäftig-
ten des Landkreises abgefragt werden.“*

Fraktionsvorsitzende Hiltrud Hofmann schlägt vor,
den Hauptantrag im Geschäftsgang des Kreistages
zu belassen und zunächst das Ergebnis des Prüf-
auftrages im Sinne des Initiativantrages abzuwar-
ten.

Abstimmung über **Zustimmung** (einstimmig)
den Verfahrens Antrag:

Haupt-, Finanz- und
Rechtsausschuss:
(2. Mai 2013)

Verfahren:
Landrätin Anita Schneider erläutert im Ergebnis des
Prüfauftrages aus dem Kreistag, dass der Kreisaus-
schuss am 4. März 2013 nach vorheriger Beratung
im Beirat für Menschen mit Behinderung einen ent-
sprechenden Beschluss zum Einsatz von Gebär-
dendolmetschern für Kunden der Kreisverwaltung
Gießen gefasst hat. Entsprechende Protokollauszü-
ge sind der Vorlage beigefügt.

Kreistagsabgeordneter Heinz-Peter Haumann bittet
darum, die von Landrätin Anita Schneider im Aus-
schuss dargestellten Fakten schriftlich vorzulegen.
Es wird dabei in Aussicht gestellt, dass der Haupt-
antrag dadurch erledigt ist.

Abstimmung: keine Abstimmung

**Zu TOP 14
(Vorlage Nr. 0605/2013):**

**Einführung einer Informationsfreiheits-
satzung**

Haupt-, Finanz- und
Rechtsausschuss:

Änderungsanträge:
Fraktionsvorsitzende Hiltrud Hofmann stellt für die
Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und
FW folgenden Änderungsantrag:

1. Im Satz 1 wird das Wort „juristisch“ ge-

- strichen.
2. Nach den Worten „*erlassen kann*“ wird folgendes ergänzt:
„ welcher Aufwand und welche Kosten dadurch entstehen würden und ob eine landesweite Regelung geplant ist.“
 3. Der Rest des Beschlussantrages wird gestrichen.
 4. Über die Prüfergebnisse soll im Kreistag berichtet werden.

Abstimmung über den geänderten Antrag: **Zustimmung** (einstimmig)

**Zu TOP 15
(Vorlage Nr. 0653/2013):**

Mietabsenkungen entsprechend der neuen KdU-Richtlinien

Kreistagsausschuss für Soziales, Jugend, Frauen, Integration, Gesundheit und Ehrenamt:

Änderungsanträge: keine

Abstimmung: **Ablehnung** (einstimmig bei 1 Stimmenthaltung)

**Zu TOP 16
(Vorlage Nr. 0654/2013):**

Stellensituation im Team Asyl

Kreistagsausschuss für Soziales, Jugend, Frauen, Integration, Gesundheit und Ehrenamt:

Änderungsanträge:
Fraktionsvorsitzende Hiltrud Hofmann stellt hierzu einige Fragen:

- Die Verwaltung möge prüfen,
1. wie der Bedarf derzeit ist
 2. und die Entwicklung eingeschätzt wird.
 3. Welche Möglichkeiten der Beseitigung des Engpasses ohne dauerhafte Ausweitung des Stellenplanes vorstellbar sind
 4. und was das Regierungspräsidium dazu sagt.

Der Antrag wird zurückgestellt bis zu einer Berichterstattung des zuständigen Dezernenten in der nächsten Ausschusssrunde.

Abstimmung: keine Abstimmung

Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss:

Verfahrensvorschlag: wie im Fachausschuss

Abstimmung: keine Abstimmung

**Zu TOP 17
(Vorlage Nr. 0655/2013):**

Erhalt der Wasserversorgung als öffentliche Aufgabe

Haupt-, Finanz- und
Rechtsausschuss:

Änderungsanträge:

Aufgrund von Änderungsvorschlägen aus den Reihen von CDU und FDP ändern die Antragstellenden Fraktionen den Antrag wie folgt:

1. Satz 2 wird ergänzt durch folgende Worte:
„und den Bereich der Wasserversorgung vollständig aus der geplanten Dienstleistungsrichtlinie auszunehmen“.
2. Satz 4 erhält folgende neue Fassung:
„Im Sinne dieser Resolution soll der Kreisausschuss über die kommunalen Spitzenverbände und Fachverbände sowie gegenüber dem Vorsitzenden des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, und den beiden EU-Kommissaren Barnier und Oettinger diese Position deutlich machen und diese auffordern, weiterhin der geplanten Richtlinie zu widersprechen und entsprechend aktiv zu werden.“

Abstimmung über
den geänderten
Antrag:

Zustimmung (einstimmig
bei 1 Stimmenthaltung)

**Zu TOP 18
(Vorlage Nr. 0658/2013):**

Kinder mit Behinderung in Tageseinrichtungen für Kinder

Kreistagsausschuss für
Soziales, Jugend, Frauen,
Integration, Gesundheit
und Ehrenamt:

Änderungsanträge:

Die Fraktionen von SPD, Bündnis90/Die Grünen und FW legen einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut vor:

„Der Kreisausschuss wird beauftragt, sich beim Hessischen Landtag und der Hessischen Landesregierung sowie dem Hessischen Landkreistag als kommunalem Spitzenverband hinsichtlich der Betreuung von behinderten Kindern für folgende Punkte einzusetzen:

1. *Zur Umsetzung der Inklusion von Kindern mit Behinderung in Kindertagesstätten bedarf es im derzeitig diskutierten Kinderförderungsgesetz einer gesetzlichen Regelung, die ausgehend von der UN-Behindertenrechtskonvention den Ausbau eines inklusiven Systems in Kindertageseinrichtungen regelt.*

Das Land ist dabei aufgefordert, über Absichtserklärungen hinaus gesetzlich die Rahmenbedingungen für die Inklusion zu setzen und Standards zu definieren. Dabei gilt es insbesondere, nicht hinter bisher bestehende Standards zurückzufallen, sondern z.B. die bisher bestehende Begrenzung von Gruppenstärken in den Tageseinrichtungen bei Aufnahme von Kindern mit Behinderung beizubehalten und gesetzlich zu verankern.

Der derzeit beratene Entwurf des Hessischen Kinderförderungsgesetzes genügt diesem Ziel nicht, sondern überlässt die Verwirklichung von gleichen Lebensbedingungen für Kinder mit Beeinträchtigungen allein den Kommunen. Damit wird der Entwurf nicht dem eigenen Anspruch gerecht, die Landesregelungen in einem Gesetz zusammenzufassen, sondern klammert gerade die Inklusion aus.

2. *In den laufenden Verhandlungen zur neuen Vereinbarung zur Integration von Kindern mit Behinderung (Nachfolge Rahmenvereinbarung Integrationsplatz) sind die bisher geltenden Regelungen einer reduzierten Gruppenstärke bei einer Aufnahme von Kindern mit Behinderung beizubehalten.“*

Die CDU-Fraktion signalisiert, bis zur Fraktionssitzung am 29. April 2013 zu klären, ob dieser Änderungsantrag übernommen wird oder ob der Hauptantrag aufrecht- erhalten wird.

Abstimmung: keine Abstimmung